

Internationales Baurecht

Akademische Monographie



Die Streitbeilegung in Bauverträgen, die Infrastrukturprojekte in Polarregionen betreffen, gewinnt zunehmend an Bedeutung, da die völkerrechtlichen Herausforderungen nicht nur territoriale Aspekte, sondern auch Arbeitsverhältnisse und die soziale Absicherung von Beschäftigten unter extremen Bedingungen umfassen. Polarregionen wie die Arktis und die Antarktis decken weite Räume ab, deren Rechtsstatus durch eine Kombination aus Vertragsrecht, Völkergewohnheitsrecht und Entscheidungen internationaler Organe geprägt ist. Die Vielfalt der Rechtsregime verlangt die Berücksichtigung sowohl staatlicher Hoheitsgebiete als auch internationaler Räume mit ihren besonderen Regelungsmechanismen. Unter harschen klimatischen Bedingungen erhalten Arbeitsschutz, soziale Versicherung und präventive Sicherheitsmaßnahmen zentrale Bedeutung; dies setzt eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Staaten, Organisationen und privaten Akteuren im Rahmen des internationalen Bauvertragsrechts voraus.

Der Mangel an spezialisierten multilateralen Übereinkünften, die einen umfassenden Schutz der Beschäftigten unter extremen polaren Bedingungen gewährleisten, verstärkt die Relevanz der vertraglich-prozeduralen Instrumente des internationalen Bauvertragsrechts. In den letzten Jahrzehnten hat die Zunahme wirtschaftlicher Aktivitäten im Zusammenhang mit Ressourcengewinnung und dem Ausbau der Transportinfrastruktur die Notwendigkeit flexibler, zugleich rechtssicherer Mechanismen der Streitbeilegung und Risikoverteilung offengelegt, die den territorialen, ökologischen und sozialen Besonderheiten der Arktis und Antarktis Rechnung tragen. Das Polarrecht hat sich als eigenständige Disziplin herausgebildet, die das Zusammenspiel globaler, regionaler und nationaler Regime analysiert und dabei die Rechte indigener Völker sowie die wachsende Rolle des Privatrechts bei der Regulierung komplexer Projektbeziehungen in den Vordergrund stellt (Tanaka, Johnstone & Ulfbeck, 2023).

Das wachsende Interesse an den Polarregionen zeigt sich nicht nur bei arktischen Küstenstaaten, sondern auch bei nichtarktischen Ländern. Indien hat mit der Annahme seiner Arktispolitik im März 2022 seine institutionalisierte Präsenz im arktischen Diskurs durch Teilnahme an internationalen Foren und wissenschaftlichen Programmen verstärkt und wissenschaftliche wie infrastrukturelle Initiativen mit außen- und wirtschaftspolitischen Interessen unterlegt. In der Analyse werden vier Dimensionen des Einflusses des internationalen Diskurses auf Indiens arktische Agenda unterschieden: die diskursive, strukturelle, institutionelle und moralische Dimension—diplomatische Erklärungen und Mitwirkung im Arktischen Rat; der Ausbau der eigenen Forschungs- und Eisbrecherkapazitäten; Präsenz in Organisationen und Normsetzungsprozessen; sowie eine ethische Agenda zum Schutz indigener Rechte und der Umwelt (Hua, 2023). Angesichts der Bevölkerungsgröße und einer kostenwettbewerbsfähigen Arbeitskraft ist Indien objektiv auf die Teilnahme an nördlichen Infrastrukturprojekten ausgerichtet, was eine besondere Aufmerksamkeit für prozedurale Sicherungen in Bauverträgen und für Streitbeilegungsregime erfordert.

Der rechtliche Rahmen der Polarregionen gründet auf einer Verbindung von Vertragsrecht, Völkergewohnheitsrecht und allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) legt die maßgeblichen Algorithmen für die Abgrenzung des Festlandsockels und der ausschließlichen Wirtschaftszone fest und stellt internationale Mechanismen zur Beilegung maritimer Streitigkeiten bereit—einschließlich eines spezialisierten Gerichtshofs und schiedsgerichtlicher Verfahren—, die eine friedliche Streitbeilegung und die Vorhersehbarkeit des Rechtsstatus maritimer Räume sichern (Churchill, Lowe & Sander, 2022). Für Infrastrukturprojekte in der Arktis bedeutet dies die Notwendigkeit, seerechtliche Regelungen mit umweltrechtlichen Anforderungen und den vertraglichen Pflichten der Bauakteure in Einklang zu bringen.

Im Rechtsgefüge der Vereinten Nationen besitzen die Grundsätze der territorialen Integrität, der souveränen Gleichheit und der friedlichen Streitbeilegung fundamentale Bedeutung. Sie sind in der Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten verankert, die die Unzulässigkeit der

Androhung oder Anwendung von Gewalt und die Pflicht zur Achtung der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Staaten betont. Diese Grundsätze fungieren nicht nur als äußere Schranken zulässigen Verhaltens, sondern auch als Legalitätsrahmen für projektbezogene Entscheidungen in Polarregionen, wo die Überschneidung staatlicher Interessen häufig von Abgrenzungs- oder Zuständigkeitsstreitigkeiten begleitet ist (Starushenko, 1978).

Indiens Beteiligung am arktischen Diskurs wird durch praktische Initiativen in Energie und Schifffahrt ergänzt, einschließlich des Dialogs mit Küstenstaaten und des Ausbaus der Eisbrecherkapazitäten—wie Studien hervorheben, die die politisch-rechtliche und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit dieses Kurses betonen (Kumari, 2015; Jawahar, 2020). Zugleich verdeutlichen sanktionsbedingte Beschränkungen einzelner arktischer Vorhaben die Sensibilität grenzüberschreitender Infrastrukturen gegenüber geoökonomischen Risiken und verweisen auf den Bedarf nach stabilisierenden Vertragsinstrumenten des internationalen Bauvertragsrechts, die Sekundärsanktionen, höhere Gewalt und veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Das internationale Bauvertragsrecht erfüllt vier funktionale Rollen: Risikoverteilung, Streitbeilegung, rechtliche Koordination und Änderungsmanagement. Erstens verlangt die Risikomatrix polarer Projekte eine präzise Allokation von Temperatur- und Eisrisiken, logistischer Abgeschlossenheit, umweltrechtlichen Restriktionen und arbeitsrechtlichen Garantien zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer unter Berücksichtigung von Versicherungsklauseln und Verzugsverantwortung. Zweitens sollte der Streitbeilegungsmechanismus mehrstufige Verfahren mit operativer Schnelligkeit verbinden: vorstreitige Verhandlungen, Sachverständigenentscheidungen und Schiedsverfahren, zugeschnitten auf die Spezifika des Nordens. Drittens setzt die rechtliche Koordination die Harmonisierung seevölkerrechtlicher, umwelt-, arbeits- und investitionsrechtlicher Anforderungen über eine einheitliche Vertragsadministration voraus. Viertens umfasst das Änderungsmanagement vorhersehbare Modelle für Leistungsänderungen, Entschädigungstatbestände und Fristanpassungen aufgrund saisonaler

Zugänglichkeit, Wetterfenster und Lieferbeschränkungen (Tanaka, Johnstone & Ulfbeck, 2023; Patricia et al., 2009).

Indem UNCLOS die Grundlage für die Abgrenzung von Festlandsockel und AWZ bereitstellt, beeinflusst es auch die Standortwahl von Infrastrukturanlagen, die Parameter maritimer Logistikketten und die Umweltverträglichkeitsprüfung—einschließlich solcher für Förder- und Verflüssigungsanlagen. Die sich verdichtenden arktischen Projektportfolios illustrieren die Komplexität vertraglicher Lösungen, in denen Umweltschutz und seerechtlicher Status eng miteinander verflochten sind (Churchill, Lowe & Sander, 2022). Für die Russische Föderation und ihre Partner besitzen Fragen zum Status der Nördlichen Seeroute sowie die Koordinierung der Projektstätigkeit mit internationalen Verpflichtungen zum Schutz der Meeresumwelt besondere Relevanz.

Zentral bleiben die Garantien der Arbeits- und Sozialrechte der Beschäftigten. Unter Bedingungen niedriger Temperaturen, der Polarnacht, logistischer Zersplitterung und begrenzter medizinischer Verfügbarkeit müssen im Vertrag erhöhte Standards des Arbeitsschutzes, der Krankenversicherung, der Entschädigung und der Rotationsmodelle festgelegt werden, ebenso Sonderregelungen für temporäre Siedlungen und Schichtlager. Diese Elemente sind Gegenstand vertraglicher Konkretisierung und zugleich Teil eines grenzüberschreitenden Sozialregimes, das dem allgemeinen Trend einer Stärkung der sozialen Komponente internationaler Wirtschaftsprojekte entspricht (Rajan, 2017).

Im Kontext der Weltpolitik betont der strukturelle Realismus, dass das internationale System anarchisch bleibt; Staaten sorgen in erster Linie selbst für Sicherheit und Schutz ihres Territoriums—insbesondere in Regionen des Wettbewerbs um Ressourcen und Transportkorridore. Dies erfordert projektbezogene Entscheidungen, die geopolitischen Beschränkungen angemessen sind, und stärkt die Argumente zugunsten vorhersehbarer, rechtlich belastbarer Verfahren des internationalen Bauvertragsrechts zur Neutralisierung politischer Risiken (Waltz, 2000).

Angesichts der Einbindung nichtarktischer Staaten in die arktische Governance ist es angezeigt, die institutionellen Parameter der

Beobachterteilnahme und den sachlichen Zuständigkeitsrahmen konsultativer Plattformen zu präzisieren. Konzeptionell ist eine Betonung des Vorrangs der souveränen Rechte der Küstenstaaten bei gleichzeitiger Offenheit für wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit sachgerecht; zugleich kann die Regelung der Teilnahme externer Akteure an die Anerkennung nationaler Zuständigkeiten für wirtschaftliche Tätigkeiten in arktischen Gebieten geknüpft werden.

Für das Projektmanagement ist eine Typisierung von fünf Streitmustern mit Beteiligung nichtarktischer Staaten nützlich: kommerzielle Meinungsverschiedenheiten zwischen Investor und Staat einschließlich Sanktionsrisiken und Anteilsumverteilungen; Streitigkeiten über das Regime von Transportkorridoren und die Anwendung des Seerechts; Konflikte über den Zugang zu Forschungsinfrastruktur; Ansprüche im Zusammenhang mit dem Bau von Häfen, Straßen und sonstiger arktischer Infrastruktur; sowie Streitigkeiten aus Rohstoffgewinnung und dem Schutz der Rechte indigener Völker. Diese Muster verweisen auf das Erfordernis einer modularen Architektur des internationalen Bauvertragsrechts, die Schiedsklauseln, mehrstufige Sachverständigenverfahren und adaptive Stabilisierungsklauseln kombiniert.

Das Gesamtergebnis weist auf die Notwendigkeit hin, die internationale Zusammenarbeit zu stärken und spezialisierte Regelwerke für Polarprojekte zu entwickeln, die Umweltschutz, Rechte indigener Völker und erweiterte arbeitsrechtliche Garantien einbeziehen. Die Priorisierung vertraglicher Mechanismen des internationalen Bauvertragsrechts, gestützt durch see-, umwelt- und sozialrechtliche Normen, senkt Transaktionskosten und erhöht die Resilienz von Projekten in einem komplexen politisch-rechtlichen Umfeld (Patricia et al., 2009; Churchill, Lowe & Sander, 2022; Tanaka, Johnstone & Ulfbeck, 2023).

Hinweis zur Veröffentlichung der wichtigsten Forschungsergebnisse

Wissenschaftliche Fachrichtung: 5.1.5. Internationale Rechtswissenschaften.

Staatsterritorium und andere Räume im Völkerrecht. Polare Regionen und das Völkerrecht.

Literaturverzeichnis

1. Churchill, R., Lowe, V., und Sander, A. (2022). Das Seerecht. Manchester University Press.
2. Hua, J. (2023). Der Einfluss des internationalen Diskurses auf die Arktispolitik Indiens. *AiS*, 51.
3. Jawahar, B. (2020). Zusammenarbeit zwischen Russland und Indien in der Arktis: Wunschtraum oder strategische Notwendigkeit. *Vestnik of St Petersburg University: International Relations*, 13(4), 488–506.
4. Kumari, P. (2015). Bewertung des indischen Bedarfs an einem Polareisbrecher. *Arctic Perspectives*, 38–40.
5. Patricia, W., et al. (2009). Internationales Recht und Umwelt. Oxford University Press.
6. Rajan, H. P. (2017). Kommentar: Das Rechtsregime der Arktis sowie Indiens Rolle und Handlungsoptionen. In *Arctic* (S. 146–154). Routledge.
7. Shaumyan, T. L., und Zhuravel, V. P. (2016). Indien und die Arktis: Umweltschutz, Wirtschaft und Politik. *Arktika i Sever*, 24, 175–184.
8. Starushenko, G. B. (1978). Der weltrevolutionäre Prozess und das moderne Völkerrecht. *Mezhdunarodnye otnosheniia*.
9. Tanaka, Y., Johnstone, R. L., und Ulfbeck, V. (Hrsg.). (2023). Das Routledge-Handbuch des Polarrechts. Routledge.
10. Waltz, K. N. (2000). Struktureller Realismus nach dem Kalten Krieg. *International Security*, 25(1), 5–41.

© 2025 Internationales Baurecht